

Ferdinand Karlhofer

Wählen mit 16:

Erwartungen und Perspektiven

Die Wahlreform – rascher Schwenk vom Dissens zum Konsens

Die Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre für alle Wahlen hatte bis zum Abschluss der Koalitionsvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP im Jänner 2007 eine nur sehr geringe Chance auf Realisierung. Befürwortet worden war die Maßnahme bis dahin nur von der SPÖ und den Grünen, ÖVP und FPÖ sowie das BZÖ konnten sich nur auf Gemeinde- und Landesebene eine Absenkung vorstellen. Entsprechende Initiativen wurden daher zuerst auch in den Bundesländern gesetzt, vor allem in solchen mit SPÖ-Mehrheit (Burgenland, Salzburg, Wien), aber auch in der Steiermark (mehrheitlich ÖVP) und in Kärnten (mehrheitlich FPÖ). In allen fünf Bundesländern lag das Wahlalter für Gemeinderatswahlen vor der vom → Nationalrat beschlossenen Reform 2007 bei 16 Jahren, im Burgenland und in Wien galt das auch für Landtagswahlen. In den übrigen Ländern machte die ÖVP grundsätzliche Vorbehalte geltend und favorisierte stattdessen partizipative Modelle wie Jugendforen, Jugendgemeinderäte und projektbezogene Formen der Beteiligung. Mit Blick auf die Bundesebene war die Position der ÖVP, ähnlich wie bei der FPÖ, eindeutig ablehnend. 2003 wurden zwei diesbezügliche Anträge der SPÖ mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt; eine geringfügige Absenkung des effektiven Wahlalters geschah mit einer Änderung der Stichtagsregelung – das Wahlalter musste nicht mehr schon zu Jahresbeginn, sondern erst am Wahltag erreicht werden.

Initiative der Bundesländer

ÖVP für Beteiligungsmodelle

Dass die Wahlaltersenkung ins Regierungsprogramm aufgenommen wurde, war nicht das Ergebnis einer vorausgegangenen Debatte in der ÖVP, sondern Teil eines politischen Tausches mit der SPÖ, die im Gegenzug in die Einführung der Briefwahl im Inland (bei Auslandsaufenthalten gab es sie bereits) einwilligte. Die Wahlreform ist damit als Maßnahmenpaket eine von Parteikalkül getragene Entscheidung und nicht das Resultat einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Politischer Handel zwischen ÖVP und SPÖ

Zumindest geringfügig relativiert kann dieser Befund insofern werden, als sich eine Empfehlung zur Wahlaltersenkung bereits im Bericht zum durch die EU initiierten und in Österreich vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in Auftrag gegebenen YAP-Prozess 2003 (YAP = Young Rights Action Plan) findet. Auch im für das → Weißbuch Jugend der EU-Kommission erstellten Bericht zur Jugendpartizipation in Österreich fand die Wahlaltersenkung als mögliche Maßnahme zur formellen Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungen Erwähnung. Einen nicht unwichtigen Impuls – auch in europäischer Perspektive – setzten während der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 die JugendvertreterInnen der

Young Rights Action Plan

EU-Weißbuch Jugend

**Hoffnung
auf mehr
Mitwirkung**

EU-Mitgliedsstaaten mit ihrer „Deklaration von Wien und Bad Ischl“. In der gemeinsamen Erklärung, verabschiedet auf Initiative der österreichischen Bundesjugendvertretung, heißt es: „Um die aktive Mitwirkung junger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen zu stimulieren, sollte das Wahlalter gesenkt werden, wobei als begleitende Maßnahme vom Volksschulalter an, unter Verwendung nicht-formaler Methoden, Politische Bildung vermittelt wird, um die selbe Grundinformation für jeden jungen Menschen zu gewährleisten.“¹

Österreich: Vorreiter oder Ausnahmefall?

**In der EU das
einzige Land**

International gibt es zehn Staaten, in denen das Wahlalter, variierend zwischen 15 und 17 Jahren, niedriger als 18 Jahre ist.² Unter den Mitgliedern der Europäischen Union ist Österreich bis auf Weiteres das einzige Land, das 16- und 17-Jährigen auf allen Ebenen – → Gemeinde, → Landtag, → Nationalrat, Bundespräsidentenschaft, Europäisches Parlament – das aktive Wahlrecht einräumt.³ Dass in Österreich im Gefolge der Wahlaltersenkung auch alle Länder nachziehen (müssen), ist auf das in der Verfassung verankerte → Homogenitätsprinzip zurückzuführen, welches eine Überschreitung der nationalen Untergrenze untersagt; Gleiches gilt für das mit der Wahlrechtsreform abgesenkte passive Wahlrecht von 19 auf 18 Jahre.⁴

Homogenitätsprinzip

Die Frage Vorreiter oder Ausnahmefall hat also einige Relevanz, da in letzterem Falle die Debatte über die Sinnhaftigkeit der Regelung wohl immer wieder aufflammen würde, zumal diese auch heute uneingeschränkt nur von der SPÖ und den Grünen unterstützt wird. Die SkeptikerInnen, vor allem in der ÖVP und hier vor allem in einigen Bundesländern (Ober- und Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg), konnten sich durch zeitgleich mit der Verabschiedung des Gesetzes im → Nationalrat durchgeführte Umfragen bestätigt fühlen, die ein insgesamt kritisches Bild in der öffentlichen Meinung – sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen – zeigten.⁵

**Umfragen
bestätigen
SkeptikerInnen**

**EU: stärkere
Beteiligung
der Jugend**

Ob Österreich in der EU der Ausnahmefall bleiben wird, ist zunächst nicht eindeutig zu beantworten. Für die EU-Kommission steht zwar seit dem → Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (2001) die stärkere Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie auf der Agenda, die Wahlaltersenkung ist dabei aber kein Thema. In einer Mitteilung der Kommission zu den Folgemaßnahmen zum → Weißbuch (2006) wird nur erwähnt, dass in den Niederlanden (parallele Wahlen für Kinder) und in Finnland (kommunales Wahlrecht ab 16) Anreize zur Erhöhung der Wahlbeteiligung junger Wähler geschaffen worden seien.

**Wahlalters-
senkung aber
kein Thema**


**Referenzland
für Österreich**

Beispiel Deutschland

Ein wichtiges Referenzland für Österreich wird weiterhin Deutschland bleiben. Hier ist seit 1996 sukzessive in mehreren Bundesländern das Kommunalwahlrecht auf 16 Jahre gesenkt worden: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin (Bezirksverordnetenversammlungen), Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, in Hessen wurde die 1998 eingeführte Maßnahme nach einem Regierungswechsel wieder zurückgenommen. In einigen weiteren Bundesländern gibt es – vor allem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Partei DIE LINKE⁶ und den Grünen

**WAHLRECHTS-
REFORM 2007**

- Legislaturperiode**
Verlängerung von vier auf fünf Jahre
- Aktives Wahlalter**
Bundesweite Senkung auf 16 Jahre
- Passives Wahlalter**
von 19 auf 18 Jahre
- Briefwahl im Inland**
Wahlkarte mit Stimmzettel wird vor Wahlschluss per Post eingeschickt
- Auslandsösterreicher**
Durch Briefwahl entfällt kompliziertes Procedere – Eidesstattliche Erklärung ersetzt Zeugen

Grafik: © APA, Quelle: APA 

getragene – Initiativen in die gleiche Richtung. Auf nationaler Ebene nimmt sich das Jugendforum des Deutschen Bundestages des Themas an, ohne allerdings eine vorbehaltlos positive Haltung einzunehmen. Klare Verfechter des Wählens mit 16 sind die Partei DIE LINKE, die 2002, damals noch als Linkspartei PDS, mit einem Antrag im Bundestag scheiterte, sowie die Grünen, die Ende 2006 einen Antrag auf Wahlaltersenkung einbrachten. Eine breite Debatte über das Wählen mit 16 auf Bundesebene findet in Deutschland (noch) nicht statt, was nicht ausschließt, dass sich am Ende doch eine politische Mehrheit findet. Den Boden dafür bereiten könnte möglicherweise das Projekt „U18 – Jugend wählt“. U18 ist überparteilich organisiert und arbeitet in der Regel unter der Schirmherrschaft der politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene. U18 veranstaltet anlässlich von Bundestagswahlen Parallelwahlen für Jugendliche und Kinder, 2002 zunächst nur in Berlin, 2005 bereits bundesweit; auch bei Landtagswahlen (2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) findet das Modell Anwendung.

**Linke und
Grüne dafür**

**Projekt „U18 –
Jugend wählt“**

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die breite, in Form einer Kampagne geführte Initiative „Votes at 16“⁷ in Großbritannien, deren Aktivitäten auf große Resonanz stießen. Gordon Brown, nunmehr Nachfolger von Tony Blair als Premierminister und Chef der Labour Party, signalisierte im Februar 2006 „his support for lowering the age of voting to 16 as part of a radical programme to counter widespread alienation from modern politics“⁸. Ein entsprechender Labour-Vorstoß scheiterte bereits einmal am Einspruch der britischen Wahlaufsichtsbehörde. Sollte er im zweiten Anlauf gelingen, wäre mit Blick auf Österreich die Deutungsvariante „Ausnahmefall“ widerlegt.

**GB: Kampagne
„Votes at 16“**

**Labour-
Vorstoß**

Die Wahlpraxis: Ausgangslage, Begleitmaßnahmen, Erfahrungen

Die Absenkung des Wahlalters wurde von den Jugendorganisationen einzelner Parteien, insbesondere der SPÖ und der Grünen, mit Nachdruck verfolgt – ein zentrales Anliegen der Jugend selbst war es nicht. Praktisch alle Umfragen und Jugendstudien kommen zum Ergebnis, dass die Mehrheit der Bevölkerung und auch eine Mehrheit der 16- und 17-Jährigen der Maßnahme wenig abgewinnen kann. Als wichtigste Gründe für die Ablehnung – zu beachten sind freilich auch die Zustimmung ausdrückenden Argumente (siehe Grafik „Wählen mit 16 – Pro und Contra“) – werden das geringe Wissen und Politikinteresse von Jugendlichen angeführt: Während in der Gesamtbevölkerung der Anteil jener, die sich gedanklich zumindest „ziemlich stark“ mit aktuellen politischen Vorgängen befassen, bei 41 Prozent liegt, beträgt der Wert bei den 16- bis 19-Jährigen lediglich 17 Prozent.⁹ Mehr in die Tiefe gehende wissenschaftliche Studien¹⁰ kommen allerdings zum Schluss, dass die Angaben zum Politikinteresse deutlich relativiert werden müssen, sobald zusätzlich Fragen zu konkret anstehenden politischen Themen (Umwelt, Beschäftigung, soziale Sicherheit usw.) gestellt werden. Selbst scheinbar wenig Interessierte äußern dann eine Meinung und bringen damit eine politische Position zum Ausdruck. Die bei Jugendlichen besonders ausgeprägte Politikdistanz bezieht sich somit weniger auf die Inhalte der Politik als auf die Form und Präsentation der Politikgestaltung.

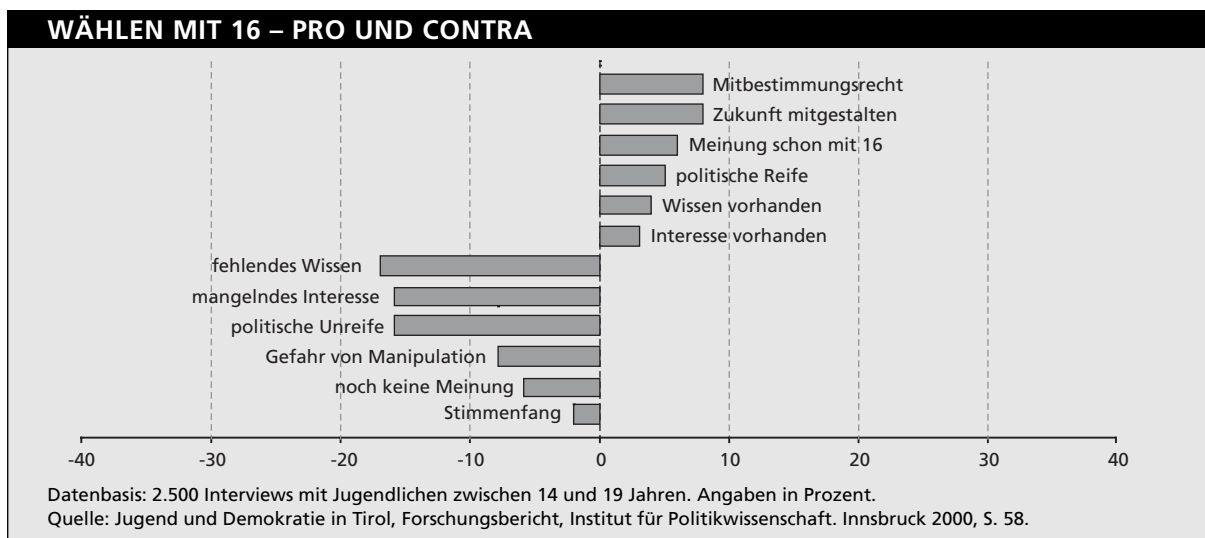
**Kein zentrales
Anliegen der
Jugend selbst**

**Wenig
Interesse
und Wissen?**

**Konkrete Pro-
bleme regen
Interesse an**

Die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen ist die Achillesferse der Wahlaltersenkung. Überall dort, wo bereits mit 16 Jahren gewählt werden konnte – das sind die oben aufgezählten deutschen und österreichischen Bundesländer –, war die größte Unsicherheit, ob die JungwählerInnen sich gleich oder zumindest annähernd gleich stark beteiligen würden wie die älteren Jahrgänge. Durchwegs wurden daher begleitende Maßnahmen in Form von gezielter Information und Motivationsförderung gesetzt. Zwei solche Initiativen sind nachstehend kurz vorgestellt: Die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2006 in Berlin und die Landtagswahl in Wien 2005.

**Geringere
Wahlbe-
teiligung**



Bereits vor der Wahlrechtsreform 2007 war „Wählen mit 16“ ein kontroversiell diskutiertes Thema bei Jugendlichen. Die Studie zeigt, dass die befragten 14- bis 19-Jährigen stärker skeptische Positionen artikulierten, häufig wurde genannt, dass Jugendliche andere Interessen und Sorgen hätten als die Auseinandersetzung mit Politik.

Informations- und Motivationsstrategien

Wahl der BVV 2006 in Berlin

In Berlin 2006 wurde für die Vorbereitung der ErstwählerInnen ein breites Spektrum an Einrichtungen und Initiativen zusammengeführt: LehrerInnen an Schulen und Berufsschulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und -bildungsstätten, die Landeszentrale für Politische Bildung und das U18-Netzwerk Berlin. Die Maßnahmen umfassten Informationsbroschüren, Gesprächsrunden mit KommunalpolitikerInnen, Politische Bildung für ErstwählerInnen und MultiplikatorInnen, Internetplattformen, Wahlpartys und anderes mehr. Die repräsentative Statistik für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung ergab eine Gesamtbeteiligungsrate von 55,8 Prozent, bei den 16- und 17-Jährigen lag sie mit 45,6 deutlich darunter, ebenso bei der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen (49,5).

Landtagswahl 2005 in Wien

In Wien wurden für die Landtagswahl 2005 mehrere Kampagnen gestartet: Mit der Informationskampagne der Magistratsabteilung Wahlen (Titel „Ganz Wien geht wählen“) wurden rund 87 Prozent aller wahlberechtigten Jugendlichen erreicht, mit der Kampagne des Landesjugendreferats („Ich wähle“ – mit einer eigenen Internetseite [ich-waehle.at](http://www.ich-waehle.at), Party-Contests und anderen Maßnahmen) rund zwei Drittel. Dass die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen mit 59 Prozent nur geringfügig unter dem Gesamtergebnis (61 Prozent) lag, wurde als großer Erfolg gewertet und unmittelbar mit den begleitenden Maßnahmen in Zusammenhang gebracht: Die Wirkungsanalyse für die beiden Kampagnen ergab: Von den Jugendlichen, die mit „Ganz Wien geht wählen“ erreicht worden waren, gingen 61 Prozent zur Wahl (gegenüber den 53 Prozent jener, die sie nicht wahrgenommen hatten). Bei der Info-Kampagne „Ich wähle“ lag der Wert mit 64 gegenüber 53 Prozent noch höher¹¹.

Begleitende Maßnahmen erfolgreich

Extreme Parteien nicht verstärkt gewählt

Die Erfahrungen aus Österreich und Deutschland zeigen, dass, wenn gezielte Maßnahmen zur Information und Aktivierung gesetzt werden, die Beteiligung der Jugendlichen zumindest nicht dramatisch unter der allgemeinen Wahlbeteiligung liegt, ja fallweise sogar höher ist als bei den 18- bis 24-Jährigen. Auch eine weitere Befürchtung hat sich bisher nicht bestätigt: Parteien mit politisch extremer Ausrichtung finden kaum Anklang. In ihrer Parteienpräferenz weichen die Jugendlichen teilweise von der GesamtwählerInnenenschaft ab (bei der Landtagswahl in Wien z.B. mit überdurchschnittlich vielen GrünwählerInnen), teilweise sind sie aber auch, wie die Kommunalwahlen in Kärnten, Salzburg, der Steiermark und im Burgenland gezeigt haben, fast deckungsgleich.¹²

Was kann, was muss sich ändern?

Die Wahlaltersenkung ist, das zeigen die vorliegenden Befunde, eine dynamische Maßnahme. Der Großteil der Betroffenen steht dem Wählen mit 16 und 17 skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ist das Wahlrecht für sie aber einmal in Kraft, dann nehmen sie es wahr, wenn auch in geringerem Ausmaß als die älteren Jahrgänge. Diese – oft erleichtert und überrascht aufgenommene – Erfahrung sollte aber nicht zu voreiligen Schlüssen über mögliche weitere positive Effekte verleiten, wie sie allzu häufig in den Debatten anzutreffen sind¹³:

- ▶ Die Herabsetzung des Wahlalters führt nicht automatisch zu einem höheren Politikinteresse bei Jugendlichen. Das Interesse junger Menschen ist, wie die Jugendforschung zeigt, primär lebenszyklisch bedingt und hängt nicht allein mit den tatsächlichen →Partizipationsmöglichkeiten zusammen. Dass 16- und 17-Jährige politisch weniger informiert und interessiert sind als 18-Jährige, ist ein Faktum.
- ▶ Die Wahlaltersenkung eignet sich nicht als Gegenmittel zu den allgemein sinkenden Beteiligungsraten bei Wahlen, im Gegenteil. Schon weil sie in geringerer Zahl teilnehmen, drücken die Jugendlichen die Rate (wenn auch nur geringfügig) nach unten. Vor allem wird es auch weiterhin immer aktivierender Maßnahmen bedürfen, um die Jugendlichen zu den Wahlen zu bringen.
- ▶ Auch als Maßnahme gegen die – fälschlich so genannte – Politikverdrossenheit wird sie nicht greifen, wenn man in Betracht zieht, dass es sich dabei um ein komplexes Phänomen der Entfremdung und Distanz gegenüber der Politikgestaltung handelt, das sich quer durch alle Altersgruppen zieht.
- ▶ Schließlich werden sich die Parteien zwar auf dieses neue WählerInnensegment einstellen, aber schon rein quantitativ wird es im Vergleich zur weiter wachsenden – als Zielgruppe damit wesentlich bedeutsameren und politikrelevanteren – Gruppe der über 60-Jährigen kaum eine Rolle spielen.

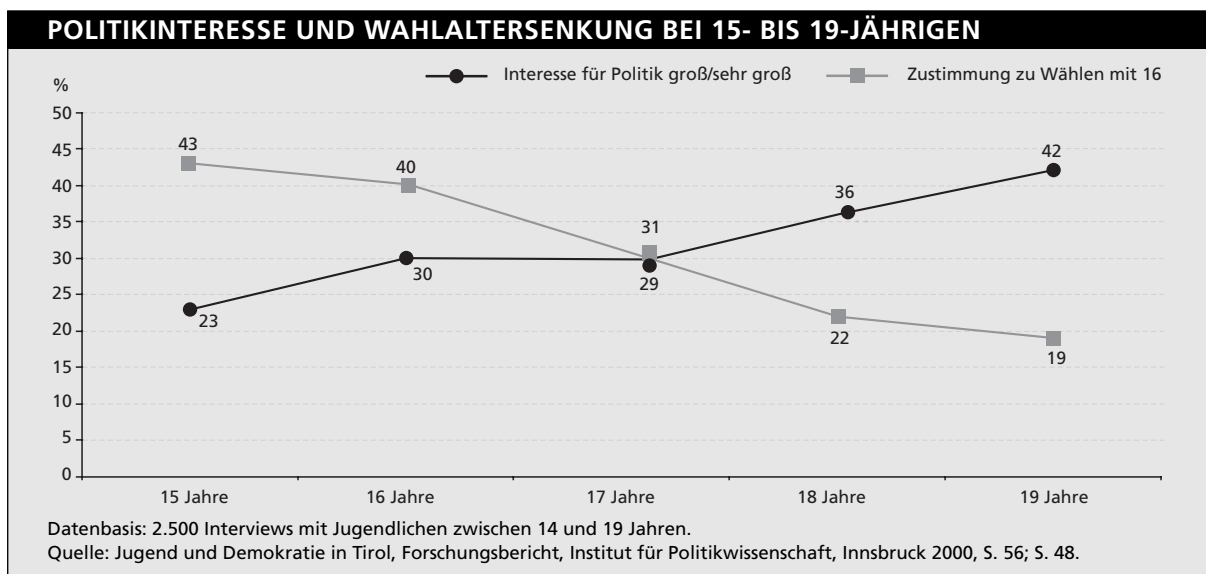
Politikinteresse lebenszyklisch bedingt

Aktivierende Maßnahmen notwendig

Politikverdrossenheit in allen Altersgruppen

Trotz dieser eher ernüchternden Einsichten hat die Wahlaltersenkung durchaus auch positive Wirkungen. Wenn oben die von ihr ausgehende Dynamik angesprochen wurde, dann muss das nicht nur mit Blick auf die Beteiligung gelten, sondern sich auch auf andere Aspekte beziehen. Einer davon ist, dass der Politischen Bildung in den Schulen eine Aufwertung in Aussicht gestellt wird, die man noch vor Kurzem für kaum möglich

Aufwertung der Politischen Bildung



Je älter die befragten Jugendlichen, umso mehr zeigen sie Interesse für Politik. Gleichzeitig sinkt die Zustimmung zu „Wählen ab 16“ mit steigendem Alter.

gehalten hätte. So uneingeschränkt das zu begrüßen ist, sollte es aber auch nicht dazu verleiten, die Politische Bildung als eine Art Ausbildung zum Stimmbürger, zur Stimmbürgerin zu definieren – damit wäre sie falsch definiert und auch überfordert.


Neue Modelle der Beteiligung gefragt

Die Wahlaltersenkung wird eine neue Dynamik auch mit Blick auf die gängigen Modelle der Jugendbeteiligung¹⁴ nach sich ziehen müssen. Jugendgemeinderäte (eine ohnedies eher wenig effektive Einrichtung) erübrigen sich überhaupt, sobald die Betroffenen zu vollwertigen WählerInnen aufgewertet sind. Andere Modelle der Jugendbeteiligung, insbesondere projektbezogene Ansätze, könnten aber an Relevanz gewinnen, da viele der beteiligten Jugendlichen künftig nicht mehr nur BittstellerInnen, sondern eben auch mit Wahlrecht ausgestattete BürgerInnen sein werden. Gerade auf Gemeindeebene werden die politischen AkteurInnen gefordert sein, Maßnahmen zu überlegen, wie das aktive (mit passiver politischer →Partizipation verbundene) Wahlrecht in aktive Mitwirkung am politischen Geschehen münden kann. Allein durch eine Erweiterung der Zahl der Wahlberechtigten wird sich die politische →Partizipationskultur nicht verbessern lassen.

Ferdinand Karlhofer, ao. Univ.-Prof. Dr.

Universitätsprofessor und Vorstand des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Interessenvermittlung in österreichischer und europäischer Perspektive, Europäische Integration und Regionalpolitik.

- 1 <http://ec.europa.eu/austria/uebersicht.htm#B%FCrgergesellschaft> (letzter Zugriff Juni 2007).
- 2 Fast durchwegs handelt es sich dabei um Länder, die allenfalls mit Vorbehalt als intakte Demokratien einzustufen sind: Unter 18 Jahren liegt das Wahlalter in Indonesien, Kuba, Brasilien, Nordkorea, Nicaragua, Osttimor, auf den Seychellen und im Sudan. Bosnien, Serbien und Iran haben unlängst das zuvor niedrigere Wahlalter auf 18 Jahre angehoben (Quelle: CIA – The World Factbook).
- 3 Innerhalb der EU müsste streng genommen auch Isle of Man in die Liste der Länder aufgenommen werden. Die Insel gehört nicht zum Vereinigten Königreich, sondern ist direkt der britischen Krone unterstellt. Das Wahlalter liegt bei 16 Jahren.
- 4 „Die Landtagswahlordnungen dürfen die Bedingungen des aktiven und passiven Wahlrechtes nicht enger ziehen als die Bundesverfassung für Wahlen zum Nationalrat“ (Art 95 Abs 2 B-VG).
- 5 Siehe z.B. die Studie „Wählen mit 16 JA aber ...“ des Humaninstituts Klagenfurt (www.humaninstitut.at >Studien >2007, als pdf herunterladbar, letzter Zugriff Juni 2007). Vgl. dazu auch die Studie „Jugend und Politische Bildung“ der Universität Krems, Department Politische Kommunikation, die ein insgesamt positives Bild über das Politikinteresse der Jugendlichen zeichnet, bei der Frage zur Wahlaltersenkung aber eine Mehrheit (59 Prozent) für die ablehnende Position bei den Jugendlichen ausweist.
- 6 Im Juni 2007 fusionierten die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und die Linkspartei PDS zur Partei DIE LINKE.
- 7 www.votesat16.org.uk (letzter Zugriff Juni 2007).
- 8 The Guardian, 27. Februar 2006. Siehe auch unter <http://www.guardian.co.uk/frontpage/story/0,,1718729,00.html> (letzter Zugriff Juni 2007).
- 9 IMAS-Report 1/2007 (Stichprobe für die 16- bis 19-Jährigen: 1.000).
- 10 Besonders einflussreich im deutschsprachigen Raum ist die alle vier Jahre erscheinende Shell-Jugendstudie. Zuletzt erschienen: 15. Shell-Jugendstudie: Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt 2006.
- 11 Projektgemeinschaft SORA – ÖÖJ – WZW: „Wählen heißt erwachsen werden!“ Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-Jähriger bei den Wiener Landtagswahlen 2005, S. 25–31 (www.oiej.at/root/start.asp?b=13, letzter Zugriff Juni 2007).
- 12 Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es sich bei dieser Altersgruppe um einen WählerInnenanteil von maximal zwei Prozent handelt. Wegen der geringen Zahl gestaltet sich die Stichprobenziehung vor allem bei kleinen Gemeinden schwierig, entsprechend sind die Erhebungen nur eingeschränkt repräsentativ.
- 13 Zum Folgenden vgl. Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 238–299 sowie Hoffmann-Lange, Ursula/de Rijke, Johann: Die Entwicklung politischer Kompetenzen und Präferenzen im Jugendalter. Ein empirischer Beitrag zur Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, in: Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Godeworth, Thelse (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Baden-Baden 2006, S. 59–74.
- 14 Ausführliche Informationen zu den bestehenden Beteiligungsmodellen in ganz Österreich finden sich auf der von den Jugendreferaten der neun Bundesländer eingerichteten Website www.jugendbeteiligung.cc. Eine umfassende Bestandsaufnahme am Beispiel Tirol liefert die Studie von Karlhofer, Ferdinand/Bachler, Marlene/Schwerzler, Anna: Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Forschungsbericht. Institut für Politikwissenschaft, November 2006.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Die Wahlrechtsreform 2007
- ▶ Tabelle: Positionen der Parteien zur Wahlaltersenkung 2004/07
- ▶ Infografiken zum Thema Interesse an Politik nach Altersgruppen